

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 22

Erscheint Sonntags, Bezugspreis vierteljährlich 600,— Mit. ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 27. Mai 1923

Verlag: Berlin G. 2, Poststr. 59 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Neue Verhandlungen

für das Buchbindergewerbe sowie die Etwis- und Kartonnagenindustrie finden in diesen Tagen in Leipzig, Berlin, Weimar und Dresden statt. Und zwar am 24. Mai in Leipzig mit dem VDB. und am 25. Mai mit den übrigen unter den Api-Tarif fallenden Unternehmergruppen. Infolge des Auseinanderfallens des AddeI müssen auch für diese Industriezweige die Verhandlungen getrennt geführt werden, und zwar mit dem Reichsverband der Etwisfabrikanten am 26. Mai in Berlin und dem Zentralverband Deutscher Kartonnagefabrikanten am 28. Mai in Weimar.

In diesen Kreis der Verhandlungen fallen ferner die Beratungen für den Reichstarif der Zigarettenindustrie, sowie Lohnverhandlungen für die Lüten- und Beutel- und Wellpappenindustrie, die teils zwischendurch, teils anschließend an obige Termine zu erledigen sind. Hoffen wir, daß unsere Unternehmer diesmal mehr Einsicht mit der Notlage der Arbeiterschaft haben und es unsern Unterhändlern möglich ist, das immer tiefer sinkende Lohnniveau mehr zu heben, als es in der letzten Zeit geschah.

Arbeitgeber-Lohnpolitik.

In der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ veröffentlicht der Syndikus der vorgenannten Vereinigung, Dr. Meißinger, einen Artikel, „Gesunde Lohnpolitik“. Welche Heberschrift den dann folgenden Inhalt nicht ohne weiteres vermuten läßt. Dr. Meißinger nimmt vorerst Stellung zu der Tatsache, daß trotz der Marktstabilisierung in den Monaten Februar, März, April die Unternehmer die Preise nicht herabgesetzt haben und sagt:

„Wir haben weiter gesehen, wie schwer es der seit Jahren jeder soliden Kalkulationsmöglichkeit beraubten Wirtschaft aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen sein muß, ohne Garantie für die nächste und fernere Zukunft in eine allgemeine Preisabbaubewegung einzutreten.“

Unmittelbar anschließend jedoch wird gegen die Gewerkschaften der Vorwurf erhoben, daß sie sich nicht mit einem Lohnabbau einverstanden erklärt haben und es heißt hierzu in dem Artikel unter anderem wörtlich:

„Für die Gewerkschaften und für die Arbeiterschaft im Lande draußen bedeutet ja, wie aus der gesamten Arbeiterpresse immer wieder zu sehen ist, die Stabilisierung des Lohnes schon den Lohnabbau, wenn diese Stabilisierung nicht gleichzeitig mit einer ebenso wesentlichen Preislenkung begleitet war.“

Nachdem es also als Selbstverständlichkeit hingestellt wird, daß die Unternehmer ohne Sicherung für die Zukunft einen Preisabbau nicht vornehmen können, wird unmittelbar von den Arbeitnehmern gefordert, ohne jede Sicherung mit einem Lohnabbau einverstanden zu sein. Daß die Arbeiter nicht zu dieser Auffassung der Unternehmer kommen konnten, wird auf „kommunistische Hege“ und „unrichtige gewerkschaftliche Betrachtungen“ zurückgeführt. Jeder, der zu anderen Ergebnissen kommt als den Unternehmern paßt, ist eben im Unrecht. Sodann bemüht sich Dr. Meißinger ausführlich nachzuweisen, daß in der Tat die Arbeitnehmer in großer Zahl bereits einen Goldlohn erreicht haben. Zu einer Zeit, als der Dollar noch auf 21 000 Papiermark stand, soll der Lohn der Arbeitnehmer das Fünfstausendfache des

Friedenslohnes betragen haben. Eine Behauptung, die sich aus den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen jederzeit widerlegen läßt. Dr. Meißinger will auch nachweisen, warum die Gewerkschaften den Lohn so in die Höhe getrieben haben und führt dies darauf zurück, daß ausländische Gewerkschaftsführer diese Taktik ihren deutschen Kollegen eingegeben hätten, und zwar deshalb, „weil die Beseitigung der deutschen Konkurrenzfähigkeit selbstverständlich im Interesse der ausländischen Gewerkschaftsbeamten liegt, die dann die Arbeitslosigkeit des Auslandes nach Deutschland verpflanzen und so ihre eigene gewerkschaftliche Arbeit von einer der unangenehmsten moralischen, materiellen und organisationshemmenden Belastung freistellen. Nur der von Natur gutmütige, auf Internationalität eingestellte Deutsche mag diese Wahrheit übersehen.“

Nach dieser Einleitung kommt Dr. Meißinger sodann zu drei Forderungen und Grundfäden, von deren Durchführung allein die Gesundung der deutschen Wirtschaft und das Wohl der Arbeitnehmer abhängen würde, und zwar:

1. „Goldlohn für Goldleistung und entsprechende Friedensproduktion lautet ein unabänderliches Wirtschaftsgesetz.“

2. „Goldlohn nach Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt und Wiederherstellung der früheren Arbeits- und Betriebsverfassung; dies ist ein zweites unabänderliches Wirtschaftsgesetz.“

3. „Kein Goldlohn ohne völligen Abbau der Zwangswirtschaft.“

Zu diesen Feststellungen ist noch folgende Aufzählung von Dr. Meißinger von Interesse:

„Der einzelne Arbeiter, der auf der Beibehaltung der Demobilisierungsbefristungen, des Achtstundentages und der heutigen Arbeits- und Betriebsverfassung trotz der Bestimmung der deutschen Wirtschaft besteht, entzieht sich selbst die Möglichkeit, auf Goldlohn zu kommen, weil er mitliefert, eine viel zu große Zahl, namentlich unproduktiver Arbeitskräfte in den Produktionsprozess einzustellen und damit den Lohn des einzelnen im selben Verhältnis zu drücken.“

Das heißt also nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeitnehmer auf alle ihre Rechte in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung verzichten sollen. Der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz und alle übrigen sozialen Gesetze sollen abgeschafft werden, den Eisenwirtschaftsbund hat man bereits auflösen lassen, die Außenhandelsstellen sind im Abbau begriffen, der Reichswirtschaftsrat wird zur Bedeutungslosigkeit herabgemindert, die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt und in der Brotverforgung muß verschwinden, die Arbeiter haben sich weder um Sozialpolitik noch um Wirtschaftspolitik zu kümmern, dann können die Unternehmer die Gewähr übernehmen, die Wirtschaft wiederherzustellen, und dann wird es auch den Arbeitern allein gutgehen.

Wenigstens klingt es in letzter Zeit allgemein aus dem Unternehmerblättern, nur daß es vornehmlich Wissenschaftler (z. B. die Professoren Hertner und Voigt) sind, die die Auffassung von Dr. Meißinger ebenfalls, wenn auch nicht ganz so weitgehend vertreten. Es ist daher notwendig, daß die Arbeitnehmer aus derartigen Meinungsäußerungen von Unternehmervertretern ihre Schlüsse ziehen und die allein mögliche Schlussfolgerung kann nur sein, Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften bis zum äußersten, Ueberführung des letzten Arbeitnehmers in seine zugehörige Gewerkschaft, damit die zahlenmäßige Bedeutung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften für

den Kampf zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer reiflos eingesetzt werden kann. Nur so werden die Arbeitnehmer in der Lage sein, ihre Forderungen durchzusetzen und ihre Ziele zu erreichen, und wenn Dr. Meißinger durch seinen Artikel erreicht hat, daß noch unaufgeklärte Arbeitnehmer endlich ihre Klassenlage erkennen, dann ist auch er ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

Clemens Rörpel

Die Weltfaschisten.

Wir müssen von Weltfaschisten reden, wenn wir diese unheilvollen Erscheinungen der letzten Zeit untersuchen wollen. Der Faschismus, der sich mit der Schnelligkeit einer Epidemie überallhin verbreitet, trägt verschiedene Gesichter, ist seinen Beweggründen und den ihn vorwärts treibenden Elementen nach verschieden. So schwer es auch sein mag, sich in diesem dunklen und chaotischen Treiben zurechtzufinden, so müssen wir doch sowohl das Gleichartige als auch die Verschiedenheiten der Weltfaschisten zu ergründen suchen. Freilich wird diese Untersuchung auch dadurch erschwert, daß die Faschisten vielfach selbst nicht wissen, worauf ihre Bewegung zusteuert, und selbst wenn sie Programme aufstellen, sind diese nicht maßgebend: es gibt nichts Leichteres als Programme auf dem Papier zu entwerfen. Die Untersuchung der Kräfte, die hinter den Faschisten stehen, ist weit mehr geeignet, Aufschluß über diese Bewegung zu geben.

Gemeinsam ist das Mittel der Weltfaschisten: die Anwendung der rohen Gewalt, des Terrors. Als neueste Beweise hierfür sei nur an den Nord-Worrowskis in der Schweiz und die gegenwärtig wieder verstärkt auftretende nationalistische Hege in Oberschlesien erinnert.

Der italienische Faschismus bedient sich dieser Mittel ebenso wie die unter den verschiedensten Namen auftretenden anderen Faschisten: der deutschösterreichische oder nationalsozialistische Deutschlands, die erwachsenen Ungarn im Lande des Admirals Horthy, die sich „Aufboten des Königs“ nennenden französischen Faschisten, die Ritter des Ku-Klux-Klans der Vereinigten Staaten, usw. Das Ziel, auf welches die Gewaltanwendung in erster Linie gerichtet ist, ist die Macht ergreifung. Es bleibt aber die Frage offen, was die Faschisten in aller Herren Ländern durch die Macht ergreifung erreichen wollen?

In bezug auf die gesellschaftlichen Schichten, welche sich faschistischer Mittel bedienen, kann als Gemeinsames gelten, daß sie früher die herrschenden im Staate gewesen waren, deren Herrschaft jedoch nach dem Kriege politisch oder wirtschaftlich geschwächt wurde und die sie jetzt wiederzugewinnen und — wo dies bereits zum großen Teil erfolgte — zu befestigen trachten. So herrscht eine große Manigfaltigkeit in den faschistischen Lagern. Man findet dort das aus seiner Machtstellung verdrängte Militär in den besiegten Staaten, den höheren Beamten, der infolge der Geldentwertung unter die Räder gekommen ist und durch die demokratische Umgestaltung einen Teil seiner Macht zurückgewinnen möchte, den Landjunker, der die Landarbeiter weiter unbeschränkt beherrschen möchte, den Rentner und Kleinbürger, welcher für die Verschlechterung seiner Wirtschaftslage nicht den Krieg, sondern die Revolution verantwortlich macht, den Studenten, der als Sohn dieser Gesellschaftsschichten und als künftiger Offizier oder Beamter die gegenwärtige Ordnung umzuwälzen

Hohe Beiträge sichern angemessene Unterstützungen

bestrebt ist und der sich zudem als geistiger Arbeiter den Handarbeitern gegenüber zurückgelehnt fühlt und nicht zuletzt den Unternehmer, der seine Machtlage gegenüber seinen Arbeitern befestigen möchte, und sich dazu sowohl der zufälligen Hilfe der anderen anzuschließenden Gesellschaftsschichten, die wir oben bezeichneten, bedient, wie auch mit seinen reichen Geldmitteln eine faschistische Garde für seine Zwecke ausrüstet. So ergeben sich die buntesten Kombinationen. Der neue Reich, der sich am Kriege bereichert hat und sein Vermögen bewahren und erhöhen möchte, verbündet sich mit dem neuen Armen, der von der Umwälzung eine Besserung seiner Lage erstrebt. Der Cäsarenwahn und die nach dem Kriege leicht erklärliche Abenteuerlust, die sich in Geheimbündeleien gesellt, trägt zur Verbreitung des Faschismus bei. Gemeinam ist noch der Faschistenbewegung, daß ihre Anhänger sich nationallistischer Schlagwörter bedienen und sich als alleinige Vertreter des Patriotismus gebärden. Das Mitglied des Ku-Klux-Klans mordet als 100prozentiger Amerikaner, und die heftigsten Gewaltakte europäischer Faschisten werden im Namen des Vaterlandes ausgeführt. Gemeinam ist weiter der Haß der Faschisten gegen den Parlamentarismus. Die Ideologie der Gewalt läßt eine das Volk in seiner Gesamtheit vertretende Einrichtung nicht gelten. Eine Auswirkung und die Erstarkung der faschistischen Ideen bedeutet es, daß in vielen Ländern das Wahlrecht eingeengt und die Wahlen von den Regierungen mit unbefränktem Terror durchgeführt werden. Der Parlamentarismus Ungarns, Rumäniens, Bulgariens (in letzterem Lande im Dienste einer radikalen Bauernidiotie), ist so durch die Gewalt untergraben worden.

Neben diesen gemeinsamen Merkmalen der Weltfaschismen herrscht jedoch ein buntes Durcheinander der Ziele und Interessen. Der deutsche Faschismus erstrebt die Wiedererrichtung der Monarchie, und die Faschisten können, wie der Heidelberger Universitätsprofessor Alfred Weber so überzeugend darstellte, nur eine Prätorianergarde des wiedererrichteten Herrschers werden. Unter den besonderen Verhältnissen Deutschlands könnte die Machtergreifung des Faschismus nichts anderes bedeuten. Der ungarische Faschismus dient der Aufrechterhaltung einer feudalen Oligarchie und der Verhinderung der Aufteilung des Großgrundbesitzes sowie der Niederhaltung der Arbeiterkraft. Die Judenverfolgungen treffen dort nur den kleinen Juden, mit dem jüdischen Großkapital hat der ungarische Faschismus bereits lange seinen Pakt gemacht, indem er seinen Anteil an Stellen und Gewinn gesichert hat. In den Vereinigten Staaten richtete sich der Faschismus des Ku-Klux-Klans früher gegen die Regier der Südstaaten, heute auch gegen die der Nordstaaten, aber auch gegen das Proletariat.

Der italienische Faschismus, der durch seine unbefchränkte Macht in der Lage ist, seinen Bestrebungen Geltung zu verschaffen, zeigt jedoch am deutlichsten die Verworrenheit der zur Macht gelangten faschistischen Politik. Wiewohl auch bürgerliche Wirtschaftspolitik vorhanden sind, welche im Faschismus ein gut durchdachtes System erblickt, das den Namen „liberale Wirtschaftspolitik“ oder „Neomachterismus“ tragen könnte, so deutet doch eine Prüfung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des faschistischen Italiens ein Chaos und nichts als Widersprüche auf. Man redet vom Wirtschaftsstaat, von Ausschaltung der Politik zugunsten des wirtschaftlichen Fortschritts und der Produktivität, vom Abnehmen der staatlichen Einmischung. Dabei verteilt der Staat Subventionen und Unterstützungen an Schwerindustrie und Schiffahrtsunternehmungen, hilft bankrott gewordenen Betrieben auf die Beine und bereitet durch gesteigerte Rüstungen und Kriegsstoffenbau, die im Wesen des Faschistenstaates liegen, den Weg zum Imperialismus und neuen Kriegen vor. Politische und kriegerische Verwicklungen des Staates müssen also die Folgen der angeblich liberalen Wirtschaftspolitik sein. Es gibt nur einen einzigen Punkt, wo die faschistische Politik eindeutig ist, aber auch hier nicht widerspruchlos: in ihrer Arbeiterfeindschaft. Abschaffung des Achtstundentages, hohe Besteuerung des Lohnneinommens, Aufhebung des Mieterschutzes sind die Maßnahmen der faschistischen Regierung. Indem aber die Faschistenpartei eine Schar von Arbeitern umfaßt, die z. T. in die

Partei hineingezwungen, z. T. aber freiwillig sich ihr angeschlossen haben, ist die faschistische Politik auch in diesem Teil widerspruchsvoll. Und trotzdem war dies zu erwarten. Hat doch der Faschismus seine Machtergreifung durch die struppellose Vergewaltigung der Arbeiterorganisationen zuwege gebracht, durch Ausplünderung und Vernichtung der Genossenschaften und mit dem Gelde des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. An seinen Früchten sollst du ihn erkennen! Dies gilt nicht nur für den Anfang, sondern auch für die Fortsetzung. So widerspruchsvoll sich also die Weltfaschismen darstellen, für die arbeitende Bevölkerung gibt es keinen Raum in ihnen. Deshalb sollte die deutsche Arbeiterkraft überall bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen alle deutschvölkischen und nationallistischen Bestrebungen sich energisch zur Wehr setzen und sie mit aller Entschiedenheit bekämpfen. (A. H.)

Zum Reichstarif für die Etuis- und Kartonnagen-Industrie.

Am 16. Mai haben zwischen Vertretern unseres Tarifausschusses und Vertretern des Abdes in Dresden die Schlussverhandlungen wegen der Einteilung im Ortsklassenverzeichnis stattgefunden. Auch bei diesen Verhandlungen ist es leider nicht gelungen, die Arbeitgeber zu bewegen, unseren Anträgen in erheblichem Umfange Rechnung zu tragen. Um die zurzeit bestehenden ungerechten Spannungen in den einzelnen Ortsklassen auszugleichen, erklärten sie sich letzten Endes zu nachstehendem bereit:

„Die Arbeitgeber erklären, daß von der nächsten Lohnverhandlung ab — unter Beibehaltung der Spannung von Berlin bis Klasse VI — begonnen wird die Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen gleichmäßig zu gestalten.“

Im übrigen wurden für die Dauer des Vertrags nachstehende Änderungen vorgenommen:

„Die mit einem † (Kreuz) versehenen Orte erhalten einen Zuschlag von 5 Proz., in den mit einem * (Stern) versehenen Orten ist die Hälfte der Differenz zur nächst höheren Ortsklasse zu bezahlen.“

	Ortsklasse		Ortsklasse
Ludenwalde [†]	IV	Frankfurt a. M.*	II
Guben [†]	IV	Offenbach [†]	II
Koitzsch*	IV	Offenbach-Band	III
Coswig (neu)	IV	Darmstadt [†]	III
Danzig [†]	II	Frlingshald [†]	IV
Rathenow*	III	Wannheim**	II
Genßin	IV	Weinheim (neu)	IV
Wernigerode	IV	Boden-Doz	III
Heidenau	II	Karlsruhe [†]	III
Niederfiedich	II	Riegenrath (neu)	V
Gittersee (neu)	II	Biederach	IV
Radebeul (neu)	II	Ragold	V
Glauchau	III	Arnstadt	IV
Oberlungwitz*	IV	Coburg*	IV
Obernau	V	Geheint	V
Markneukirchen*	IV	Botha	IV
Brunndöbra*	IV	Böbnitz	V
Klingenthal [†]	IV	Zeitz	IV
Schöne i. B.*	V	Sonneberg*	IV
Grimma	III	Friedrichsdorf [†]	V
Pirna	III	Lauban*	V
Gunthershausen	V	Niesky	IV
Herford*	IV	Musku	V
Bielefeld*	III	Benzig	IV
Rordhorn*	IV	Schönberg	V
Münster	III	Siechberg	IV
Ansbach	IV	Warmbrunn	IV
Zugsburg	II	Petersdorf	IV
Münberg u. Umgeb.	II	Beuthen	II
Regensburg	III	Oppeln*	IV
Schweinfurt	III	Katibor*	IV
Schellenberg*	V	Neulatz	IV
Hanau*	II	Waldenburg*	

Die in Eisenach protokolllarisch vereinbarten Ortsklassenänderungen treten ab 18. Mai 1923 in Kraft.

¹ Bis zur endgültigen Regelung wird die Hälfte zwischen Ortsklasse III und IV gezahlt.
² Freie örtliche Vereinbarung bleibt vorbehalten.
³ Ortsaufschläge sind zeitlich zu vereinbaren, wenn be-
 gründete Veranlassungen vorliegen.
⁴ Für Kartonnagenbrände.
⁵ Für die älteste Gruppe der Facharbeiter und Hilfs-
 arbeiter, beim oder beiderseitig, wird die Hälfte der Lohn-
 differenzen zwischen II und I gezahlt.
⁶ Falls Mannheim besetzt wird, gilt Wannheim ohne
 Stern mit Befahrungszulage.
⁷ Wird gestrichen.
⁸ Wird gestrichen.
⁹ Alle Protokollnotiz diebstl.
¹⁰ Wird gestrichen.

Das Papierverarbeitungsgewerbe

hatte im April nach den Berichten der Arbeitgebervereinigungen im allgemeinen gegenüber dem Vormonat eine fast unveränderte Geschäftslage. Die Geschäftslage hielt weiter an, und erst gegen Monatsende, als das Steigen der Devisen eine Preissteigerung voraussehen ließ, wurden teilweise wieder Angebote eingeholt und Aufträge untergebracht. Wie schief die Verhältnisse von dieser Seite geschildert werden, beweist die weitere Behauptung der Unternehmer, daß neben einem starken Anziehen der Rohstoffpreise „auch neue Forderungen der Arbeiter eine neue wesentliche Teuerungswelle unvermeidbar erscheinen“ lassen. Mit diesen irreführenden Angaben geniert man sich nicht die Öffentlichkeit zu täuschen, obwohl man ganz genau weiß, daß im April so gut wie gar keine Lohnzulagen gewährt worden sind. So ist z. B. die große Masse unserer Berufsangehörigen sowohl im Buchbindergewerbe wie der Kartonnagenindustrie im April völlig leer ausgegangen, obwohl nach einer kurzen Preisstocung die Kleinhandelspreise sich ständig zum Dollarstande hinaus entwickelten. Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet, daß in der Buntpapierindustrie die Beschäftigung eine recht schlechte war. Auch in den Gummi- und Anstalten hatte sich die Beschäftigung sehr verschlechtert, es wurde verzögert gearbeitet. Die Rohstoffversorgung besserte sich bei geteilteten Preisen. Die Verkaufspreise wurden durch Konventionalschlüsse Ende März ermäßigt. Die Ausfuhr ist stark zurückgegangen. Der Zwischenhandel ist nach wie vor sehr still. Die Löhne bleiben unverändert. Die Ruhrbelegung wirkt weiter sehr ungünstig auf die Wirtschaftslage. — Die Herstellung photographischer Karten hatte ebenfalls schlechte Beschäftigung. Die Rohstoffversorgung war zwar zufriedenstellend, jedoch die Preise zu hoch, so daß nur der allernötigste Bedarf gedeckt wurde. Die Ausfuhr hat fast aufgehört. — In der Papierfabrikation herrschte vollkommene Ruhe. Es werden Intesätze, die im Gebrauch billiger sind, allgemein bevorzugt. — Laut Meldung des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten ließ sich gegenüber dem Vormonat keine Besserung feststellen. Die Beschäftigung war nach wie vor schlecht; die wenigen Verkäufe mußten zu ungenügenden Preisen abgeschlossen werden. Auch war vielfach der Abbruch von Geschäften nur dadurch möglich, daß die Verkäufe trotz längerer Lieferfristen zu seltenen Preisen getätigt wurden. Die Papppreise wurden in der zweiten Hälfte des Aprils unbedeutend ermäßigt. Das gleiche gilt für pharmazeutische Kartonnagen und Papierwaren. — Auch die Wellpappenfabrikation berichtet über weiteres Nachlassen der Beschäftigung. Nach einer vorübergehenden Belebung des Geschäfts wurden wieder Betriebsbeschränkungen notwendig. Die Verkaufspreise wurden beibehalten, die Ausfuhr wurde nicht lebhafter.

Bei dem Bericht über die Geschäftslage für Schreibstoffe und Zeichenlernmittel, die ebenfalls als schlecht geschildert wird, versteht man den Gemeindevorteil in der bekannten lebenswichtigen Weise einen Schritt, weil diese vielfach dazu übergegangen sind, selbst größere Einfäufe zu machen.

Im Buchhandel hat sich die Geschäftslage in den letzten vier Wochen nicht verändert. Die geringen Umsätze vollzogen sich schleppend. — Der Beschäftigungsgrad im Buchbindergewerbe hat sich nicht gebessert, und sehr viele Großbuchbindereien sind auch heute noch gezwungen, die wöchentliche Arbeitszeit auf 24, 30 oder 36 Stunden zu verkürzen. Die Rohstoffangebote waren sehr reichlich und erfolgten zu gedrücktem Preis, was auf Rotverkäufe zurückzuführen war. Die Verkaufspreise mußten vielfach ermäßigt werden, da infolge der großen Arbeitslosigkeit sehr scharfe Konkurrenz einsetzte und Unterangebote gemacht wurden. Das Ausland hat in dem letzten Monat größere Buchbinderaufträge nach Deutschland nicht vergeben, so daß sich in manchen Betrieben Ausfuhrüberläufe oft von 30 bis 40 v. H. gegenüber dem Vormonat feststellen ließen.

Im Buchdruckgewerbe ging die Beschäftigung immer weiter zurück, weil namentlich die älteren Aufträge sämtlich ausgearbeitet sind, und neuere auch aus dem Ausland trotz der im zweiten Teil des Monats eingetretenen Markverschlechterung nicht herbeikamen. — Das Steindruckgewerbe, das zum größten Teil auf die Ausfuhr seiner Erzeugung angewiesen ist, klagt über weitere Verschlechterung in der Beschäftigung. In Anbetracht des schlechten Absatzes wurden die Verkaufspreise nicht erhöht. — Ebenso verhält sich die Lage bei den Betrieben des Bundes der chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands. — Nach den Berichten der Neuen Bromsilber-Konvention G. m. b. H., der Neuen Chromosilber-Konvention G. m. b. H. und der

Niedrige Unterstützungen sind die Folge zu niedriger Beiträge

Bereinigung der Kunstpostkarten-Berleger e. B. läßt der Beschäftigungsgrad in der Postkartenindustrie immer mehr nach. Auslandsaufträge laufen spärlich ein, das Ergebnis der Leipziger Frühjahrsmesse hat in keiner Beziehung den Erwartungen entsprochen. Es wird teilweise bereits verkürzt gearbeitet, teilweise wird Kurzarbeit für die nächste Zeit beabsichtigt.

Der französische Wiederaufbau und die deutsche Zahlung.

Von Dr. Max Dugard.

Die französische Staats- und Finanzverwaltung gibt eine Reihe Schriften zur Reparationsfrage heraus. Unter anderem ein Flugblatt mit dem Titel: „Frankreich an der Arbeit, um seine Kriegsbeschädigungen zu reparieren“. In sehr geschickter Weise lüchelt die Abhandlung mit ihren Zeichnungen und ihren Ziffernaufstellungen die Leugner zu zerstreuen, welche man darüber verbreitet hat, daß Frankreich die Ausführung des Wiederaufbaus nicht vornähme. Wir geben zur Probe einige Ziffern aus den Darlegungen nach dem „Temps“ vom 7. April 1923:

Im Laufe des Krieges sind 741 993 Häuser zerstört oder stark beschädigt worden. Nun hatte man am 1. Januar 1921 278 834 wieder hergestellt; ein Jahr später erhoben sich schon 355 479 Baulichkeiten auf den Ruinen der alten, und im Januar 1923 zählte man deren 553 977. Das wären also binnen vier Jahren Dreiviertel der Häuser wieder hergestellt!

Was die Ziffer der Bevölkerung angeht, welche die verwüsteten Gegenden wieder aufgesucht hat, so waren auf 4 690 183 Einwohner von vor dem Kriege 2 075 067 bis zum 1. Januar 1919 zurückgekehrt. Am 1. Januar 1921 war ihre Zahl auf 3 288 152 gestiegen, und am 1. Januar 1922 auf 3 965 913. Am 1. Januar 1923 zählte man 4 074 970 Einwohner. Diese Ziffer erreicht also beinahe diejenige der Bevölkerung von 1914. Die Auffüllung ist wieder fast vollständig.

Handelt es sich um die Instandsetzung des Terrains und der Kulturen, so ist das Bild ein ähnliches. Der Krieg hat 3 306 350 Hektar Terrain in seinen Bereich gezogen. Davon waren 1 923 479 bearbeitetes Land. Am 1. Januar 1921 hatte man 218 934 793 Kubikmeter in die alten Schützengräben geschüttet, und am 1. Januar 1923 280 Millionen. Man hat wieder in Kultur genommen 1 007 240 Hektar am 1. Januar 1921, und 1 698 200 Hektar an der Schwelle dieses Jahres. Der Schaden bezüglich des bearbeiteten Landes ist also fast ausgeglichen.

Im Jahre 1921 hatte man schon 249 014 302 Quadratmeter von Stachelbräuten befreit, am 1. Januar 1922 276 Millionen und am 1. Januar des folgenden Jahres 287 Millionen. Sprengstoffe und Verlager hatte man im Jahre 1921 21 000 Tonnen zerstört, 22 000 Tonnen im Jahre 1922 und im Januar 1923 war die Leistung auf 1 035 200 Tonnen gestiegen. Hier fällt die Mehrleistung der letzten Zeit einigermaßen auf.

Die Verteilung von Vieh in den befreiten Gegenden hat dieselbe Progression eingehalten. Mehr als die Hälfte der Ziffern vor dem Kriege ist wieder aufgefüllt. Das schwerste Stück Arbeit hat man hinter sich.

Was den industriellen Wiederaufbau anlangt, so ist dieselbe ständige und beharrliche Anstrengung zu bemerken. Auf 22 900 zerstörte oder schwerbeschädigte Fabriken waren 18 091 aufgebaut im Januar 1921, ein Jahr später 19 422 und zu Anfang von 1923 19 967. Wenn man die Verbesserungen und Vervollständigungen der Maschinerie und der Technik überhaupt rechnet, so fehlt fast nichts an der industriellen Ausrüstung von vor dem Kriege. Die Wiederherstellung der Wege hielt Schritt mit diesem Aufschwung. Es gab 58 697 Kilometer Wege zu erbauen. Im Januar 1921 zählte man schon 8965 neuerbaute Kilometer und im Januar 1923 waren mehr als 32 650 Kilometer Wege zur Verfügung.

Selbst die Kunstwerke und ihre Wiederherstellung nahmen an dem allgemeinen Fortschritt teil. Im Januar 1921 hatte man 2653 Kunstbauten wieder hergestellt, das folgende Jahr 3688 und 5189 dieses Jahr. Es fehlt also nicht viel daran, daß man die ganze Zahl der 6123 Kunstbauten, die während des Krieges zerstört worden ist, wiederaufgebaut hat.

Die Finanzfrage ist durch französische Vorschläge

einstweilen gelöst worden. Sie mußte so gelöst werden, weil Deutschland Frankreich an Barzahlungen nicht mehr als vier Milliarden geleistet hat. Das ist in der Tat der beschämende Betrag, der sich neben den Leistungen in Natura in der deutschen Reparationsrechnung befindet. Man kann die Gesamtheit der Schäden, die von französischer Seite in den verwüsteten Gegenden erlitten wurden, verschieden schätzen. Eine sehr hohe französische Schätzung lautet auf 102 Milliarden. Das ist aber offenbar übertrieben. Für die tatsächliche Wiederherstellung der Gegenden sind bisher 49 Milliarden ausgegeben worden. Wenn man also den wirklichen Schaden auf 60 bis 70 Milliarden Franken annimmt, so schätzt man ihn schon hoch. Deutschland hat bisher auf ihn bestenfalls den fünfzehnten Teil bezahlt. Man begreift, daß seine Leistungsfähigkeit von den Franzosen doch höher eingeschätzt wird. Selbst wir Deutschen dürfen sie ruhig höher annehmen. Es ist also schon etwas an der deutschen Weigerung, Reparationen zu bezahlen. Und wir können es den Franzosen nicht übel nehmen, wenn sie deswegen an uns irre werden. Von der Bezahlung der Pensionen und Kriegsentschädigungen ist dabei gar keine Rede. Diese würden in der Tat unberechtigt sein, denn jedes Land muß die persönlichen Opfer, die es bringt, auf seine Kappe nehmen. Die verwüsteten Gebiete zahlten an Frankreich allein vor dem Kriege ein Fünftel der französischen Steuern. Wenn man die fünfzig Milliarden Vorkauf, die der französische Staat bisher auslegte, sofort durch Zahlungen aus den Guthaben der deutschen Industrie aufgefüllt hätte, so wäre eine für Deutschland günstige Meinung in Frankreich entstanden. Man hätte sich gesagt, daß diese Anstrengung von den Deutschen geleistet worden wäre und daß sich über den Rest der Forderung eine Verständigung finden ließe.

So unrecht die französische Befragung ist, so unrecht war die deutsche Weigerung, ausreichende Reparationen zu zahlen. Und so lebhaft man im deutschen Interesse das Aufhören der französischen Besetzung wünschen muß, die zu immer neuen Gewalttaten anreizt und die Bevölkerung des Rheinlandes und Westfalens in Mut bringt, so dringend muß man wünschen, daß ein Weg gefunden wird, der deutsche Reparationszahlungen auf irgendeine Weise möglich macht. Das französische Unrecht kann nicht durch deutsches verewigt werden. Es muß einen Ausweg geben, auf dem sich die beiden Nationen wieder die Hand reichen und ihr gemeinsames Interesse betonen können. Vielleicht dient dazu auch der schlichte Ausgang, den diese Zeiten genommen haben. Sie vergleichen die tatsächliche Reparationsleistung Deutschlands und dasjenige, was Frankreich bisher aus eigenen Kräften geleistet hat. Und wenn sich ein so großer Abstand für die beiden findet, so wird sich schließlich auch ein Weg finden, diesen Abstand einigermaßen auszugleichen.

Beihilfenzahlung von Entlassenen.

Bei ungerechtfertigten Entlassungen ist nach § 87 des Betriebsrätegesetzes den Arbeitern eine Geldentschädigung zuzufprechen, wenn der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung verweigert.

Infolge der Geldentwertung war jedoch dieser Entschädigung der Arbeitnehmer so gut wie hilflos geworden, da die auf Grund des letzten Jahresarbeitsverdienstes errechneten Entschädigungssummen für die Unternehmer eine Bogalette bedeuteten und infolgedessen willkürlichen Entlassungen Tor und Tür geöffnet waren. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat infolgedessen am 21. Februar 1923 an das Reichsarbeitsministerium einen Antrag gerichtet, daß durch eine Novelle zum Betriebsrätegesetz die Anpassung der Bestimmungen des § 87 an die Geldentwertung unbedingt erfolgen müsse. In demselben Sinne hatten sich der RPD-Bund und ebenso auch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Außerdem war im Sozialpolitischen Ausschuss des Deutschen Reichstages die Angelegenheit aufgeführt worden. Am 16. April 1923 wurde dem Deutschen Reichstag ein Initiativantrag sämtlicher Parteien unterbreitet, welcher debattelos einstimmig zur Annahme gelangt ist.

Demzufolge ist der § 87 dahin geändert, daß die einzelnen Bestandteile des Jahresarbeitsverdienstes mit einem Betrag in Ansatz zu bringen sind, welcher der zur Zeit der Entschädigung maßgebenden Lohn- oder Gehaltshöhe der Berufsgruppe entspricht.

Kommt der Arbeitgeber mit der Zahlung der Entschädigung in Verzug, so hat er dem Arbeitnehmer auch den durch die Geldentwertung entstehenden Schaden zu ersetzen.

Mit dieser Abänderung ist der ursprüngliche Sinn des Gesetzes wieder hergestellt. Alle Entlassungsstreitigkeiten, die auf Grund der §§ 84 ff. des Betriebsrätegesetzes von den Schlichtungsausschüssen entschieden werden müssen, fallen vom 6. Mai 1923 an unter die Bestimmungen des abgeänderten Gesetzes. Die Schlichtungsausschüsse sind also verpflichtet, der Berechnung der Entschädigungssumme einen Betrag zugrunde zu legen, welcher sich aus dem Jahresarbeitsverdienst ergibt, der aus der Multiplikation des Wochenlohnes der Berufsgruppe, welcher der geänderte Arbeitnehmer entstammt, mit 87 entsteht.

Um Mißverständnisse und jeden Irrtum auszuschließen, sei besonders darauf hingewiesen, daß bei Lohn- oder Gehaltsfragen und Ansprüchen aus §§ 615 und 616 BGB. (Annahmeverzug usw.) schon auf Grund der Bestimmungen der §§ 286 und 288 BGB. die Berücksichtigung des durch Geldentwertung entstandenen Verzugschadens erfolgen kann. Das wäre an sich auch bisher schon bei der Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen aus § 87 BRG. möglich gewesen und eine Anzahl Gerichte haben auch bereits Urteile in dieser Weise gefällt. Jedoch bedeutet der neue Zusatz zum § 87 eine allgemeine und auch dringend notwendige Klarstellung dieser immerhin noch ver einzelt bestrittenen Rechtslage.

Eine Erwiderung

zu dem in letzter Nummer veröffentlichten Artikel über die Vorgänge im Preussischen Landtage erhalten wir vom Kollegen Albert Fischer-Berlin. Zunächst polemisiert Kollege Fischer gegen das in unserem Artikel zum Ausdruck gebrachte Mißfallen über gemeinsame Stellungnahme einiger SPD-Mitglieder mit der RPD. gegen unsere Landtagsfraktion und meint, das solle wohl heißen, daß den vielen sozialdemokratischen Mitgliedern jede politische Einsicht und Erkenntnis abgesprungen wird. Dann heißt es weiter:

„Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashauss sitzt! Wer Kapitalismus braucht, ist gleichfalls eine andere Frage; denn die angebotene Koalition muß schmachhaft gemacht werden. Sind wir Kommunisten keine guten Gewerkschafter? Wenn wir solche Demagogen wären, wie wir verfahren werden, so wäre es ein Leichtes, die Gewerkschaften zu zerlegen.“

Böthers Ausführungen sollen falsch wiedergegeben worden sein. Die Freude über die Beseitigung der „rechten Führergarnitur“ treffe wohl zu. Aber aus der Zusammenarbeit mit den jetzigen SPD-Führern sollen die der RPD. noch fernstehenden sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß ihr Glaube an die Politik der rechten SPD-Führer ein falscher gewesen sei.

Zum Schluß meint F., unser Artikel wäre am besten ungeschrieben geblieben, da in den Betrieben die verschiedenen Richtungen doch zusammenarbeiten müßten.

Da Kollege Fischer in seinen Ausführungen auch die Vorgänge in der letzten Berliner Generalversammlung erwähnt, wo die Vorparlamentarier im Preussischen Landtage eine große Rolle spielten, so wird er ja wissen, daß seine Auffassung von den übrigen RPD-Mitgliedern nicht geteilt wurde, vielmehr solche Auseinandersetzungen in Gewerkschaftsversammlungen dringend gewünscht wurden. Daß auch hier wieder mal die Spaltungstendenzen der RPD. abgestritten werden, ist ja eigentlich selbstverständlich. Wenn aber Kollege Fischer sich objektiv die Haupttätigkeit der RPD. in den letzten fünf Jahren vergegenwärtigt, so wird er erkennen, daß diese in der zehnjährigen Kritik bestand, die bis zur Selbstzerstückelung ging. Ihren Höhepunkt fand sie in der Spaltung der USF. und RPD. und nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Frankreich, Italien u. a. Ländern. Und was es mit dem stets im Munde geführten Gesehrei nach der Einheitsfront in Wirklichkeit auf sich hat, beweist ihr Verhalten dort, wo man wirklich tatkräftig am Aufbau der Einheitsfront arbeitete: beim Weltkongress der sozialistischen Arbeiterschaft in Hamburg. Dort hat in einer Betriebsräteversammlung der Kommunisten noch am Freitag vor Pfingsten der aus Moskau zurückgekehrte Thälmann aufgefordert, sich rege an den kommunistischen Vorbereitungen zu beteiligen, denn „wenn wir die Verräter durch unsere Gegen demonstration nicht tören, glaubt alle Welt, in Hamburg sei man mit der Politik des Kongresses einverstanden“. Es braucht weiter nur daran erinnert zu werden, daß dieses arbeitereindliche Treiben nur dem generellen Befehl der Moskauer Leitung entspricht, „die Reformisten aller Schattierungen systematisch und unbarmherzig zu brandmarken“.

Berichte.

Muggsb. Am 14. Mai fand im „Gewerkschaftshaus“ eine Versammlung des Graphischen Kartells statt, in welcher Kollege Meyer über die Lage im graphischen Gewerbe in eingehender Weise referierte. Hauptächlich betonte er die Gefahr der Verdünnungsapparate. In Fällen von Kurzarbeit sei von den Betriebsräten streng darauf zu achten, daß dieselbe von den Geschäftsteilungen sofort bei der Erwerbslosenfürsorge angemeldet werde, um die Kollegen vor Schäden zu bewahren. In der regen einseitigen Diskussion wurde von dem Kollegen Köppler lebhaft behauptet, daß vielfach in Kreisen der freiorganisierten Arbeiterchaft die Arbeiterpresse fehle.

Nach der Wahl des Gruppenrats nahm die Versammlung Stellung zu der Ausnahmeverordnung der bayerischen Regierung. Einstimmig gelangte die folgende Entschließung zur Annahme:

„Die Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre des graphischen Gewerbes in Augsburg erhebt entschieden Protest gegen die neue Ausnahmeverordnung der bayerischen Regierung, die in ihrer Auswirkung nur gegen die linksgerichteten politischen Organisationen und Pressen zum Ausdruck kommt. Die Anebelung der Pressefreiheit wird nicht angewendet gegen die Volkserheber, welche Tag und Nacht gegen die Republik Sturm laufen, sondern gegen die Organisationen, die berufen sind, die Interessen der Arbeiterchaft zu vertreten.“

Kirchheimbolanden. Arbeitsuchende Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vor Arbeitsannahme nach Kirchheimbolanden zunächst Ertrundigungen beim Bauvorstand in Frankfurt a. M. einzuziehen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Kollegen im Accord kaum ihren Lohn verdienen, oder aber, daß die Arbeit nur wenige Wochen dauerte, so daß es kaum das Reisegeld lohnte. Also nochmals: Zunächst Auskunft beim Bauvorstand einholen, um sich Enttäuschungen zu ersparen.

Rußlands Arbeiterelend.

Die Kommunisten greifen fortgesetzt die Gewerkschaften in der härtesten Weise an, daß sie der wachsenden Verelendung der deutschen Arbeiterchaft nicht mit der nötigen Schärfe und Entschlossenheit entgegenzutreten. Sie vergessen dabei nur gefühllos, daß es in Rußland, wo die Kommunisten sowohl die politische wie die wirtschaftliche Macht ausschließlich in ihren Händen haben, noch weit trauriger um die Lage der Arbeiterchaft bestellt ist. Zwar wird seit mehr als fünf Jahren das sowjetrusische Paradies von kommunistischer Seite in allen Tonarten gepriesen. Wie es aber in Wirklichkeit dort aussieht, beweist folgender Brief eines russischen Arbeiters, den wir dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, der „Pravda“ vom 29. April entnehmen, und den wir ohne jede Färbung in wörtlicher Uebersetzung wiedergeben. Es ist schon vielsagend, daß die „Pravda“, die doch von Komsol wegen das Sowjetparadies in den Himmel heben muß, einen solchen Brief — allerdings an nicht auffallender Stelle — kommentarlos veröffentlicht muß. Der Brief lautet wie folgt:

„Böse, finster und in Gedanken verunsichert, vollständig hoffnungslos und zer schlagen ging ich zum Smolenski-Markt, um den feinen von der Konsumgenossenschaft auf Kredit empfangenen Textilstoff zu verkaufen, weil ich eben keine Kopete hatte.“

Die 400 Millionen Rubel, die ich vor Ostern erhalten habe, mußten zum Einkauf von Lebensmitteln und zur Bezahlung von Schulden ausgegeben werden. Nach Ostern aber hatte ich nichts, um das Leben zu bestreiten. Wann werde ich dazu kommen, mir Kleidung und Stiefel, meiner Frau Schuhzeug und meinem Sohne Milch kaufen zu können? Die Frau jammert: Bringte zwei Pfund Getreide zum Wäscheputzen. Der Teufel soll es holen. Wo ist ein Ausweg, wie soll ich ihn finden?

Da klingelt es, der Hausverwalter tritt herein. Heute ist der letzte Tag zur Bezahlung der Wohnungsmiete. Morgen wird das Verzeichnis der unverbesserlichen Schuldner zusammengestellt werden, um sie zu ermitteln. Eine Stunde später kommt der Nachbar und zeigt die Rechnung für die elektrische Beleuchtung. Ich habe 72,50 Rubel (d. h. 72.500 000 Rubel) zu bezahlen. Drei Tage später, von der Arbeit kommend, treffe ich auf dem Hofe den Hausmeister, der mir sagt, daß für Wasser und Kanalisation 25 Rubel (d. h. 25 Millionen Rubel) für jeden Familienangehörigen zu zahlen sind. Es scheint, daß mein fünfmönatiger Ruhe auf irgendeine Weise für sich ebenfalls 360 Eimer Wasser gebraucht und 300 Eimer Kanalisation nötig gehabt hat. Unser Wassermeister arbeitet mit Hochdruck, dank dem Defekt in unseren unterirdischen Wasserleitungen, wodurch Wasser ununterbrochen in die Erde läuft. Nach dem Wassermeister verbrauchen wir eine wahnsinnige Menge Wasser, welche dann auf die Bewohner gleichmäßig verteilt wird. Auf diese Weise muß man anfast den laut dem Dekret lautenden Wohnungsmiete von 10 Kopeken (d. h. 100 000 Rubel) für jede Person das 20-, 30- und sogar 50fache bezahlen. Auch auf die Reparaturen der Miß (d. h. der Posten) wegen der Reparaturen und Hausreinigung hin

muß ununterbrochen bezahlt werden, will man Gerichtswege und Ermittlungen vermeiden.

Nun frage ich: Wo und auf welche Weise soll der Arbeiter das Geld hernehmen, wo soll er die Mittel schöpfen, um Monat für Monat all die zahllosen Rechnungen zu bezahlen und alle Kosten zu decken? Was aber Schuhzeug und Kleider betrifft, ohne von kulturellen Bedürfnissen zu sprechen, so kann ein Familienvater daran gar nicht denken.

Schlöffer der 7. Gruppe.“

Krankenversicherung der Kurzarbeiter.

Auf Grund eines Initiativgesetzes des Reichstages übernimmt künftig die Erwerbslosenfürsorge teilweise die Krankenversicherung der Kurzarbeiter dadurch, daß die Kurzarbeiter nur in der Höhe Beiträge zur Krankenversicherung leisten, wie sie dem durch die Kurzarbeit bedingten gekürzten Verdienst entspricht. Trotzdem sollen sie nach dem Grundlohn versichert bleiben, der dem Verdienst innerhalb der vollen Arbeitszeit entspricht. Dem Arbeitgeber wird der von ihm dadurch geleistete Mehrbeitrag durch die Gemeinde oder die Erwerbslosenfürsorge zurückerstattet. Der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge soll als § 12g eingefügt werden:

Solange Krankenversicherungspflichtige infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnfahrungen erfahren, bleiben sie bei ihrer Klasse nach demjenigen Grundlohn versichert, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der Arbeitgeber kann ihnen nur die Beitragsteile abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes entfallen würden.

Die Gemeinde hat dem Arbeitgeber den auf ihn durch die Vorchrift des Absatz 1 entfallenden Mehrbetrag zu erstatten. § 12g Absatz 1 gilt entsprechend.

Absatz 1 gilt bis zum 31. Dezember 1923. Der Reichsarbeitsminister kann die Frist bis um ein Jahr verlängern.

Dieses Gesetz soll mit dem 30. April in Kraft treten, Es sind also künftig keine Umänderungen auf Herabsetzung auf eine niedrigere Lohnstufe bei den Klassen zu machen, andererseits ist dort, wo solche Umänderungen bereits erfolgt sind, erneute Umänderung und Rückkehr zur höheren Lohnstufe erforderlich.

Neuregelung des Steuerabzugs.

Die starke Geldentwertung hat den Steueranschau des Reichstages veranlaßt, zu beschließen, die Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um 50 Proz., die Abzüge für die minderjährigen Kinder um 100 Proz. und die Abzüge für Werbungskosten um 150 Proz. zu erhöhen. Durch diese Beschlässe, die bereits die Zustimmung des Reichstages gefunden haben und zum 1. Juni in Kraft treten werden, ist künftig von einem monatlichen Einkommen Steuerfrei:

Für den Steuerpflichtigen 12 000 Mk., bisher 8000 Mk., für dessen Ehefrau 12 000 Mk., bisher 8000 Mk., für jedes minderjährige Kind 80 000 Mk., bisher 40 000 Mk., für Werbungskosten 100 000 Mk., bisher 40 000 Mk., so daß also für ein Ehepaar mit 1 Kind pro Monat 204 000 Mk., bisher 96 000 Mk., steuerfrei bleiben. Hierbei sei erneut darauf hingewiesen, daß die im Wege des Steuerabzuges von Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge jetzt auf volle zehn Mark nach unten abzurunden sind.

Die jetzt beschlossenen Sätze entsprechen im wesentlichen dem Vorschlag der Sozialdemokraten, vor allem bei der Erhöhung der Werbungskosten und der Kinderermäßigungen. Leider sind auch diese Sätze schon wieder stark überholt durch das Hinanwachsen des Dollars auf über 50 000 in den letzten Tagen, so daß eine abermalige Revision dieser Sätze dringend gefordert werden muß.

Es sollte ferner ernstlich erwogen werden, ob die Arbeiterchaft mit Rücksicht auf die tief unter dem Existenzminimum stehenden Löhne und in Berücksichtigung des Umstandes, daß gerade die besitzenden Klassen noch immer nicht im gleichen Maße zur Steuer herangezogen werden, auch weiterhin zugemutet werden kann, die ungeheure Steuerlast allein und in dieser Höhe auf sich zu nehmen.

Die Dreieinigkei.

Trotz ihrer vielen Gileberung und Abzweigung ist die Arbeiterbewegung von jeher als ein Ganzes betrachtet worden. Auf drei Säulen ruht ihre Macht und stützt sie sich heute noch: die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche. Es galt bei den Alten stets als selbstverständlich und war ihr Stolz, aus drei Gliedern der Arbeiterbewegung in gleichem Maße zu unterliegen und zu fördern. Erst die Revolution hat in dieser Gliederung eine nicht unwesentliche Veränderung gebracht; indem das bisher eintrachtliche Gebilde der gewerkschaftlichen Organisation ebenfalls zu einem Dreifüßlerbau sich auswuchs, wodurch seine Stärke und Macht aber nur ver-

größert wurde. Und zwar löste sich bald nach dem Krige die Angelegtengruppe von dem ADGB, um in dem AFD-Bund leichter alle widerstrebenden Elemente in sich vereinen zu können. Doch standen beide Spitzenverbände auch weiter in engster Fühlungnahme bei allem ihren Handeln.

Nur eine große Gruppe stand der freien Arbeiter- und Angelegtenbewegung noch immer fern: die große Masse der Beamtenorganisationen der Reichs- und Staatsbeamten. Bisler unter dem wilhelminischen Regiment vollständig jeder freien Bewegung bar und des Koalitionsrechtes beraubt, war es kein Wunder, daß sich auch nach dem Fallen dieser Fesseln gerade dort die größten Meinungs- und Richtungsverschiedenheiten ergaben. Erst nach fast vierjährigen schweren inneren Kämpfen hat man sich jetzt endlich zu einem Programm durchgerungen, das sich in nichts mehr von dem anderer „freier Gewerkschaften“ unterscheidet. Nur daß es die politische Neutralität ganz besonders scharf betont. So ist es denn nach langen Bemühungen endlich gelungen, in dem „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund“ alle diese verschiedenen Elemente zu einem Ganzen zu vereinen und als dritte Säule der freien Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Damit ist endlich ein Bau geschaffen, der alle Hand- und Kopfarbeiter zu einem Ganzen in sich vereinigt. Hoffen wir, daß die erfreuliche Entwicklung nicht dabei stehen bleibt, sondern zu einem allgemeinen freien Arbeiter- und Angelegtenbund führt.

Ein Gradmesser für unsere Löhne

sind die Lauerungs- und Abzählungen der amtlichen Statistik, sowie auch die Zahlen anderer Fachkreise. Danach sind festgesetzt:

Table with 2 columns: Item and Value. Items include: Amtliche Großhandelsziffer am 15. Mai (7049fache), Lebensmittelpreise (5758), Industriestoffpreise (9463), Inlandswaren (6098), Einfuhrwaren (11806), Gesamtwert des „Berliner Tageblatt“ am 15. Mai (9153), Darunter landwirtschaftliche Produkte (6398), Dollarkauf Ende April (7100), Dollarkauf am 22. Mai (13800), APl-Gehältslöhne ab 3. Mai (2545), APl-Arbeiterinnenlöhne ab 3. Mai (2525), APl-Handarbeiterlöhne ab 27. April (2374), APl-Arbeiterinnenlöhne ab 27. April (2530), Verbandsbeiträge (2000).

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 22. Mai bei der Verbandskasse ein von: Spemberg 80 000,—, M. Odensburg 364 000,—, M. Torgau 195 000,—, M. Braunschweig 1 178 000,—, M. Düsseldorf 100 000,—, M. Gummersbach-Ründeroth 410 000,—, M. Darmstadt 690 000,—, M. Kreisbauern 39 899,—, M. Jünnenau 150 000,—, M. Rosta 11 605,70, M. Wurgstädt 225 000,—, M. Göttingen —,—, M. Reichenbach i. B. 22 809,40, M. Cöpenau 377 000,—, M. Ansbach 135 000,—, M. Gau Südbayern 400 000,—, M. Augsburg 139 000,—, M.

Nach nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in Danks, Reibitz, Arnbaum, Müll, Speersburg, Beer i. Ostf., Weiskirchen, Werburg, Neuenpinn, Gau Hannover, Bünde i. B., Göttingen, Osnabrück, Dülmen, Wäcker, Rechen, Exter, Siegen-Wetzlar, Grünhadi, Harnau, Kaisertronsen, Wang, Mannheim-Ludwigshafen, Saarbrücken, Wiesbaden, Worms, Krefeld, Gehrten, Götze, Halle a. S., Jena, Worbshausen, Neuenstein, Schmalfelden, Weipertfeld, Feil, Jünnen, Jünnen, Gau Wittenberg und Baden, Ronkau. Wir ersuchen die Verwaltungen dieser säumigen Zahlstellen dringend, nun um schnellste Entlieferung der Abrechnungen befragt zu sein. H. T. Bender.

Adressenänderungen.

B — Bevollmächtigter. K — Kassierer. Arenshausen B. und K.: E. Bitter, Neuwirth & Arenshausen. Brandenburg B.: H. Krause, M. Mühlstr. 131. K.: E. Hönze, Lennitz 12. Regelm (Ruhp.). B.: B. Rahmann, Hochstr. 72. K.: G. Wiese, Bahnhofsstr. 26.

Karten zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe der Woche an alle Gau- und Zahlstellenverwaltungen gesandt worden. Sichtung für die Arbeitslofenzählung ist der 28. Mai, für die Zählung der Kurzarbeiter die Woche vom 20. bis 26. Mai. Wir bitten nochmals dringend darum, die Karten bis spätestens am 3. Juni abzugeben. Karten, die verspätet eingehen, sind wertlos. Es haben alle Zahlstellen die Berichtskarten empfangen; auch wenn keine Arbeitslose oder Kurzarbeiter vorhanden sind. Wir bitten weiter zu beachten, daß Kurzarbeiter niemals als Arbeitslose zu zählen sind. Die genaue Feststellung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist von großer Wichtigkeit für die Organisationsarbeit, die Berichterstattung muß daher reiflos von jeder Zahlstelle erfolgen.